

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

In dieser Woche hat der Bundestag den Bundeshalt für das Jahr 2022 beschlossen. Es ist ein Etat der Rekordschulden. Rund vierzig Prozent dieses rot-grün-gelben Haushalts sind schuldenfinanziert – ein finanzpolitischer Offenbarungseid. Und dabei sind nicht einmal die 100 Milliarden Euro für das „Sondervermögen Bundeswehr“ eingerechnet. Die Ampel macht damit in einem Jahr mehr Schulden als die Regierungen Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl in den Jahren 1950 bis 1990 zusammen!

Dieser Haushalt wirkt wie ein „Beglückungsprogramm“ zum Zwecke des Zusammenhalts der Ampel-Koalition: Für die Grünen ein bisschen Klima, für die FDP ein bisschen Innovation und für die SPD ein bisschen Kultur und Sport. Eine finanzwirtschaftliche Strategie ist nicht erkennbar.

Statt sich zu beschränken, Prioritäten zu setzen, Aufgaben neu zu bewerten und Ausgaben zu priorisieren, wurden die Ausgaben im Rahmen

der parlamentarischen Beratungen nochmals um 11,9 auf fast 500 Milliarden Euro aufgebläht.

Und nicht nur das: während die Ampel von der Verkehrswende redet, streicht sie die Mittel für Bahninvestitionen kräftig zusammen. Die Rückzahlung der Schulden aus der Bewältigung der Corona-Krise wird weiter in die Zukunft verschoben – ein fatales Signal für die politische Verlässlichkeit und die nächste Generation. Und während sich die Ampel um die Größe und Kosten des Parlaments sorgt, bläht sie den Regierungsapparat mit dem neuen Haushalt um fast 10.000 Stellen auf.

Das Papier von Bundesfinanzminister Christian Lindner mit dem Titel „Finanzpolitik in der Zeitenwende“ wirkt vor diesem Hintergrund merkwürdig realitätsfern, heißt es darin doch: „Wir werden Bürokratie konsequent abbauen und die Verwaltung agiler und digitaler aufstellen.“ Größer kann die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit eigentlich nicht sein.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende, ein gesegnetes Pfingstfest und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

CDU und CSU retten Milliarden für die Bundeswehr

Ihre Auslandseinsätze kann die Bundeswehr schon lange nur noch leisten, wenn die notwendige Ausrüstung mühsam aus den unterschiedlichsten Einheiten zusammengesucht wird. Die immer größeren Fähigkeitslücken sind unübersehbar – gerade bei der Kernaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung. Gleichzeitig verhinderte die SPD in der Zeit der großen Koalition eine ausreichende Finanzierung und die Ausstattung der Streitkräfte mit der erforderlichen Bewaffnung.



Ende Februar – unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine – erfand Bundeskanzler Olaf Scholz dann das „Sondervermögen Bundeswehr“ mit einer Ausstattung von 100 Milliarden Euro, worüber Teile der Ampel-Koalition keineswegs glücklich waren. Zumal dieser Topf auch eigens im Grundgesetz verankert werden sollte.

Seither tut Scholz so, als habe es nie einen größeren Fanclub der Bundeswehr gegeben als die SPD. Auch die Grünen, die zuvor noch bei jeder noch so geringen Ausgabenerhöhung für die Bundeswehr empört „Aufrüstung“ riefen, geben sich jetzt als die glühendsten Verfechter einer starken Armee.

Andererseits offenbarte schon bald ein näherer Blick ins Sondervermögen, das eigentlich richtiger Weise Sonderschuldentopf heißen müsste, dass für die Bundeswehr viel weniger Geld übrig blieb und das Wort „Bundeswehr“ in der Überschrift auch nicht mehr vorkam.

Und dabei wäre es wohl auch geblieben, hätte die Ampel-Koalition die Union nicht für die Grundgesetzänderung benötigt. Dank ihrer klaren und harten Haltung konnten CDU und CSU das Geld vollständig und exklusiv zur Verbesserung der Bewaffnung der Bundeswehr gerettet. Und nicht nur das: eine Liste stellt klar, welche Rüstungsvorhaben aus dem neuen Topf finanziert werden sollen.



Sebastian Brehm: „Diese Einigung unterstreicht, dass wir als CDU und CSU zu unseren Soldatinnen und Soldaten stehen. Es wird jetzt gerichtet, was

durch den jahrelangen Widerstand der SPD gegen eine ausreichende Ausstattung an Defiziten entstanden ist. Aber es ist ein mühsamer Kompromiss. Die Ausgaben müssten eigentlich aus dem regulären Haushalt finanziert werden und nicht aus einem Sondertopf. Aber dazu war die Ampel-Koalition nicht bereit. So wird von Rot-Grün-Gelb erneut die nächste Generation mit den Kosten von heute in Haftung genommen.

Eines aber steht für mich fest: eine weitere Operation Sondervermögen – für was auch immer – darf es nicht geben. Was heute ausgegeben wird, muss auch heute bezahlt werden. Das gehört zu einer fairen Lastenverteilung zwischen den Generationen.“

Euro-Stabilitätskriterien droht schleichende Aushöhlung



Die Verschuldungsregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind eine der zentralen Säulen der Stabilität des Euro. Sie sind das Versprechen einer nachhaltigen und stabilitätsorientierten Finanzpolitik. Und deshalb soll auch nur im äußersten Notfall davon abgewichen werden. Doch einer ganzen Reihe von Staaten – angeführt von Frankreich – sind diese Stabilitätskriterien seit langem ein Dorn im Auge. Jetzt könnte den Regeln eine schleichende Auflösung drohen.

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen sie auch für das Jahr 2023 außer Kraft gesetzt werden. Die Kommission macht damit den Weg frei, für weitere schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme. Ernster Widerstand der Bundesregierung ist bislang nicht erkennbar. Das ist vor dem Hintergrund sich abzeichnender Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank doppelt bedenklich. Die Finanzierungskosten vor allem für hoch verschuldete Euroländer werden spürbar steigen. Das rückt auch die Frage nach der Schuldenfähigkeit einiger Euroländer wieder in den Vordergrund.

Sebastian Brehm: „Europa entfernt sich so immer weiter von einer nachhaltigen Fiskalpolitik. Dieser

Kurs ist nicht nur gefährlich für die Stabilität des Euro. Wenn die Staaten mit Geld, das sie eigentlich nicht haben, die Nachfrage zusätzlich erhöhen, heizen sie zugleich die bereits gefährlich hohe Inflation weiter an. Die Grenzen für die staatliche Gesamtverschuldung von 60 Prozent und für die jährliche Neuverschuldung von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes dürfen bei einer Reform der Regeln nicht angetastet werden.“

Klimageld ohne Plan

Das von Bundessozialminister Hubertus Heil angekündigte Klimageld ist offenbar ein Plan ohne Inhalt – und damit wertlos. Die Bundesregierung musste jetzt in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion einräumen, dass es bislang weder einen konkreten Zeitplan für die Einführung des Klimageldes noch Klarheit über dessen Ausgestaltung gibt.

Unklar ist demnach weiterhin, ob das Klimageld nach Einkommen und Haushaltsgröße gestaffelt werden soll oder das Klimageld gar versteuert werden muss. Ebenso blieb unbeantwortet, ob das Klimageld künftig in Abhängigkeit von der Höhe der CO₂-Bepreisung steigt und ob es nur zeitlich befristet vorgesehen ist.

Damit ist auch unklar, welche Belastungen auf den Bundeshaushalt zukommen und aus welchen Haushaltsmitteln das Klimageld bezahlt werden soll.

Sebastian Brehm: „Statt dieser Ankündigung ohne Wert hätte Minister Heil besser dafür sorgen sollen, dass auch Rentnerinnen, Rentner, Studierende und junge Familie die Energiekostenpauschale erhalten.“

Ehrenamtsfrühschoppen im Nürnberger Osten



Gemeinsam mit unserem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden, Markus Söder und dem Nürnberger Oberbürgermeister Marcus König haben wir uns als CSU Nürnberg-Ost mit einem Weißwurst-Frühschoppen bei knapp 100 ehrenamtlich Engagierten für ihre wertvolle Arbeit in unserer Stadt und im Stimmkreis Nürnberg-Ost bedankt. Dabei habe ich die herausragende Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für unser Gemeinwesen unterstrichen.

Ohne diesen vielfältigen sozialen, gesellschaftlichen oder kulturellen Einsatz, wäre unser Zusammenleben in Nürnberg wie wir es kennen und schätzen nicht möglich. Vielen Dank allen Vertretern der



Vereine im Nürnberger Osten für den zahlreichen Besuch! Hier wird besondere Arbeit geleistet, die hauptamtlich nicht gestemmt werden könnte. Als Bundestagsabgeordneter liegt mir die Stärkung des Ehrenamtes sehr am Herzen, auch durch steuerliche Anreize für dieses herausragende Engagement.

Israel-Tag 2022 in Nürnberg

Beim diesjährigen Israel-Tag hat Ministerpräsident Markus Söder die enge Verbindung zwischen Bayern und Israel unterstrichen. Dies habe seinen Grund nicht nur darin, dass beide die demokratischen Grundüberzeugungen teilen, sagte der Regierungschef bei der Veranstaltung anlässlich des 74. Geburtstages des Staates Israels in der Nürnberger Meistersingerhalle. Vor allem der intensive wirtschaftliche und wissenschaftliche Austausch bestärke die einzigartige Beziehung zwischen beiden Partnern. Kritik an der Regierung Israels dürfe niemals in Antisemitismus münden.

Es war mir eine große Ehre, an dieser Veranstaltung teilnehmen zu dürfen. Unsere Geschichte mahnt uns, dass wir Antisemitismus in unserer Gesellschaft keinen Raum geben dürfen.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.